

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str. 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211/8302908
Fax 0211/1711453
E-Mail azadi@t-online.de
Internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank eG mit Ökobank
BLZ 43060967
Kto-Nr. 8035782600

Aus dem Inhalt:

- 1 Anfrage der Linksfraction
- 2 Verbotsexpraxis
- 4 Repression
- 5 Gerichtsurteile
- 5 Asyl- & Migrationspolitik
- 7 Zur Sache: Türkei
- 8 Internationales
- 9 Neu erschienen

**«Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert,
dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.»**

(George Bernhard Shaw)

Anfrage der Linksfraction zum Verbot von ROJ TV jetzt auf dem Weg

Die Geschäftsführung der Linksfraction hat sich nun doch entschieden, die Kleine Anfrage von Ulla Jelpke, Norman Paech, Wolfgang Gehrcke und Hüseyin Aydin zum „Verbot des kurdischen Satellitensenders ROJ TV“ auf den parlamentarischen Weg zu geben. Wegen der Entführung von drei deutschen Alpinisten am Berg Ararat durch eine Gruppe kurdischer Guerillas von Anfang Juli, sollte die Verbotmaßnahme des Bundesinnenministeriums vom 13. Juni offenbar nicht thematisiert werden.

Die Abgeordneten verlangen in 22 Haupt- und 39 Unterfragen von der Bundesregierung Auskunft über die Hintergründe und politische Motivation ihrer Verbotsexpraxis. Sie wollen wissen, welche Gesuche und Interventionen es gegeben habe von Seiten der türkischen Regierung oder US-amerikanischer Behörden und inwieweit die Bundesregierung in die Aktivitäten der Anfang 2007 errichteten „Anti-PKK-Koordination“ involviert war bzw. ist.

In einer Reihe von Fragen wollen die Abgeordneten detaillierter wissen, wie bestimmte Vorwürfe gegen den Fernsehsender aus Regierungssicht zu verstehen sind. So soll sie konkret benennen, durch welche konkreten Vorfälle der Sender „das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern und verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet“ oder die „erheblichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ gefährde.

Gefragt wird ferner nach der Bedeutung des Fernsehsenders für kurdischstämmige Bürger(inn)en in Deutschland und nach der Zahl der Zuschauer/innen in Europa, in der Türkei und im Nahen Osten.

Wie viele Mitarbeiter/innen ihre Arbeitsplätze durch das Verbot verloren haben und welche Vermögenswerte beschlagnahmt und eingezogen worden sind, interessiert die Abgeordneten ebenso wie die Frage, ob deutsche Behörden auch türkische Medien in Deutschland verfolgen und ob sie dort „Verstöße gegen den Gedanken der Völkerfreundschaft“ (Vorwurf gegen ROJ TV) haben feststellen können.

Über die Antworten der Bundesregierung werden wir unsere Leser/innen natürlich auch informieren.

(Azadi)

Jugendliche auf dem „langen Marsch“ zum Festival

Behinderungen und eine Festnahme

Auf dem in Bonn gestarteten sechstägigen „langen Marsch“ von in Europa lebenden kurdischen Jugendlichen unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan – Schluss mit der Isolationsfolter auf Imrali“ ist es zur Festnahme eines aus Frankreich angereisten Kurden gekommen. Die Jugendlichen laufen täglich 20 Kilometer zu ihrem Ziel, dem 16. Internationalen Kurdischen Kultur-Festival in Gelsenkirchen am 6. September. Häufiger war es zu Spannungen zwischen der Polizei und den Jugendlichen gekommen, weil diese mitgeführte Fahnen und das Rufen von Parolen zu unterbinden versuchte.

(Azadi/ANF/ISKU, 4.9.2008)

Veranstalterin des Kurdischen Kulturfestivals telefonisch bedroht

Kurz vor dem 16. Internationalen Kurdischen Kulturfestival, das am 6. September unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ in Gelsenkirchen stattfindet, erhält die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) als Veranstalterin, täglich zahlreiche beleidigende Anrufe. Die Anrufer drohen insbesondere damit, Anschläge auf das Festival zu planen und gegen die Besucher/innen vorzugehen. Seit einigen Monaten überschlagen sich türkische Zeitungen darin, gegen YEK-KOM als Organisation zu hetzen und deren Verantwortliche persönlich zu diffamieren. Es wird nicht davor zurückgeschreckt, deren Namen immer

wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken und sie als Terroristen und Mörder zu beschimpfen, die es zu bekämpfen gelte.

In seinem Jahresbericht 2007 hatte der Verfassungsschutz erstmals den seinerzeitigen YEK-KOM-Vorsitzenden mit vollem Namen erwähnt, Redepassagen veröffentlicht und in einen Kontext gesetzt, der seine Nähe zur PKK/zum KONGRAGEL beweisen soll. Selbstverständlich wird die deutsche Repressionspolitik gegen die kurdische Bewegung und einen Teil der kurdischen Bevölkerung vom türkischen Geheimdienst begrüßt und für seine Interessen instrumentalisiert, z. B. mit Hilfe der Medien.

(Azadi)

Zehntausende beteiligten sich am Kulturfestival

Nach Polizeiangaben nahmen 35 000 Kurdinnen und Kurden aus allen Teilen Europas am Kulturfestival in Gelsenkirchen teil. Redner/innen waren u. a. Emine Ayna, Fraktionsvorsitzende der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP), der Vorsitzende der LINKSPARTEI, Lothar Bisky. Aus den Kandil-Bergen im Nordirak telefonisch zugeschaltet war Murat Karayilan, der die Festivalteilnehmer/innen grüßte.

Die Veranstalterin YEK-KOM, ging von bis zu 80 000 Besucher/innen aus, die störungsfrei und laut Polizei „ohne nennenswerte Gesetzesverstöße“ das diesjährige Kulturereignis feiern konnten.

(Azadi/jw, 8.9.2008)

Hamburg: Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken

Wie das *Hamburger Abendblatt* und *Welt online* am 11. September berichten, ist es in Hamburg im Vorfeld des kurdischen Kulturfestivals zu Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken gekommen, die zwei Schwerverletzte forderten. Nach Darstellung der Polizei sollen sich rund 40 Kurden an einem Platz getroffen haben, um von dort zum Festival nach Gelsenkirchen zu fahren. Eine Gruppe Türken sei auf die Kurden gestoßen; man habe sich gegenseitig beleidigt. Dann habe einer der Türken einen 49jährigen Kurden mit einem Baseballschläger niedergeschlagen und Hüseyin G., der Sohn des Opfers, sodann den Angreifer niedergestochen. Erst durch ein Großaufgebot der Polizei seien die Auseinandersetzungen beendet worden. Nachdem zunächst Hüseyin G. entkommen konnte, habe sich dieser am 9. September gestellt.

Weil die Polizei befürchtet hatte, dass es in den Krankenhäusern, in die die Verletzten eingeliefert



Der Staat zielt auf die Köpfe, wir zielen auf Solidarität.

Die Rote Hilfe ist eine strömungsübergreifende linke Solidaritätsorganisation. Unsere Unterstützung gilt all denjenigen, die aufgrund ihres politischen Engagements von staatlicher Repression betroffen sind. Jeder Mitgliedsbeitrag, jede Spende ist Ausdruck von Solidarität, hilft und ermutigt trotz Repression weiter zu kämpfen. Solidarität muss auf vielen Schultern ruhen. Darum: **Mitglied werden in der Roten Hilfe!**

Solidarität ist eine Waffe!

ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen

T: 0551 / 770 80 08
F: 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

wurden, zu Angriffen kommt, mussten diese bewacht werden.

Der 24jährige Sohn des Opfers sowie der 20jährige Angreifer würden – so die Polizei – als „Intensivtäter“ geführt.

(Azadi)

Wohnungsdurchsuchung in Rotenburg

Am 10. September durchsuchten Polizeikräfte die Wohnung einschließlich des Kellers von Kenan K. in Rotenburg. Laut Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Lüneburg wird der Kurde verdächtigt, durch seine Aktivitäten die PKK bzw. den KONGRAGEL unterstützt zu haben. Außer einigen Exemplaren der – verbotenen – Zeitschrift *Serxwebûn* wurde nichts beschlagnahmt, weil offenbar auch nichts zu beschlagnahmen da war. Kenan K. wurde weder festgenommen noch einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen.

Säureangriff auf alevitischen Verein in Dortmund

Von Unbekannten wurde am 4. September ein Säureangriff auf das Alevitische Kulturzentrum in Dortmund durchgeführt. Wie der Vorsitzende Hakki Bakni gegenüber der kurdischen Nachrichtenagentur ANF erklärte, soll es sich um eine gefährliche Säure gehandelt haben, die bei der Reinigung von Beton und Zement verwendet werde. Ein Vereinsmitglied musste im Krankenhaus behandelt werden. Die Dortmunder Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

Bereits am 1. September waren an zwei Istanbul-DTP-Kreisverbände mit einer noch nicht analysierten giftigen Substanz versehene Briefe verschickt worden. Auch hier mussten zwei Parteimitglieder mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

(Azadi/Yeni Özgür Politika, 5.9.2008)

Anti-PKK-Anwältetealition reist zum „historischen Verhör“ von kurdischem Politiker nach Paris

In das Strafverfahren gegen den kurdischen Politiker Nedim Seven in Paris hat sich eine türkische Abordnung eingeschaltet. Wie das aus sechs Anwälten bestehende Verteidigerkollektiv erklärte, sei die Abordnung im Rahmen der zwischen EU, USA und der Türkei zum Thema Antiterrorkampf zusammengestellten „internationalen Vernehmungskommission“ am 21. August zu einem „historischen Verhör“ nach Paris gekommen. Nach Angaben des Verteidigerkollektivs sei ein direktes Eingreifen der

Türkei nicht erlaubt gewesen. „Die türkische Abordnung hat ihre Fragen dem Vernehmungsrichter übergeben. Sie befand sich im Raum, allerdings war es ihr verboten, selbst Fragen zu stellen.“ Nedim Seven erklärte lediglich, dass es sich um ein unrechtmäßiges Vorgehen handele, welches er boykottiere. Er verweigerte jede Aussage. Das Verteidigerkollektiv bezeichnete die von der Türkei vorgelegten Unterlagen als inhaltsleer und lediglich aus Aussagen von Überläufern bestehend. Deshalb sei eine Auslieferung an die Türkei völlig unmöglich.

Im vergangenen Jahr waren auf einer Sitzung zum Thema PKK Staatsanwälte aus der EU, den USA und der Türkei zusammengetroffen. Im Anschluss an dieses Treffen fanden eine Reihe gegen Kurden gerichtete Operationen in Europa statt: In Deutschland wurden mehrere Vereine durchsucht und in Frankreich mehrere kurdische Politiker verhaftet. Im April 2007 hatte eine sechsköpfige Delegation aus Frankreich in Istanbul von der Polizei und den Staatsanwaltschaften Informationen über die PKK eingeholt. Bei diesen Gesprächen war von türkischer Seite die Auslieferung von Riza Altun, Canan Kurtyilmaz und Nedim Seven aus Frankreich gefordert worden.

Erstmals war Seven im Februar 2007 mit 14 weiteren Personen festgenommen worden. Nach dreiwöchiger Haft waren alle gegen harte Auflagen wieder freigelassen worden. So ist es ihnen verboten, Paris zu verlassen und das Stadtzentrum oder den kurdischen Verein zu betreten.

(Azadi/ANF/ISKU, 29.8.2008)

Demonstrieren für die Freilassung von Nedim Seven

Zeitgleich in Paris, Straßburg, Marseilles und Bordeaux fanden am Wochenende Demonstrationen für die Freilassung des kurdischen Politikers Nedim Seven statt, der seit März 2008 in Frankreich inhaftiert ist. Auf der von der Föderation kurdischer Vereine in Frankreich (FEYKA Kurdistan) veranstalteten Aktion wurde hervorgehoben, dass die Kurden den „ökonomischen Handelsinteressen“ geopfert würden.

(Azadi/ÖP/ISKU, 15.9.2008)

„Anti-PKK-Gipfel“ in Ankara

Unter Vorsitz von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat in Ankara eine Sitzung zum Thema „Antiterrorkampf“ stattgefunden. Teilnehmer an diesem Treffen waren der Generalstabschef Ilker Basbug sowie weitere militärische und zivile Vertreter. In einer im Anschluss veröffentlichten Erklärung heißt es, man habe Sicherheitsfragen sowie die

rechtlichen, wirtschaftlichen, soziokulturellen, psychologischen und internationalen Dimensionen des Antiterrorkampfes und geeignete Gegenmaßnahmen erörtert. „Entschlossenheit, Sensibilität sowie die Unterstützung des Volkes“ würden fortgesetzt und die Dauer des Kampfes gegen die PKK verkürzen, so die Verlautbarung.

(Azadi/ANF/ISKU, 11.9.2008)

BAW erhebt Anklagen gegen „mutmaßliche PKK-Funktionäre“

Wie der Generalbundesanwalt am 16. September mitteilt, hat die Anklagebehörde am 28. August gegen „mutmaßliche Führungsfunktionäre der PKK und ihrer Jugendorganisation“ Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt/M. erhoben. Vakuf M. und Ridvan C. wird Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) vorgeworfen. Laut BAW soll Vakuf M. von Juli 2004 bis Juni 2007 die „PKK-Gebiete Nürnberg, Mainz und Darmstadt“ geleitet haben und bis zu seiner Festnahme am 26. März 2008 für das Gebiet Berlin verantwortlich gewesen sein. In dieser Funktion habe er „Leitungsaufgaben“ wahrgenommen, „indem er die organisa-

torischen, finanziellen, personellen sowie propagandistischen Angelegenheiten regelte“. Vakuf M. befindet sich seit dem 27. März in Untersuchungshaft.

Der BAW zufolge sollen Ridvan C. sowie „zwei weitere hochrangige Jugendkader“ einen „aus ihrer Sicht abtrünnigen Aktivisten der PKK-Jugendorganisation („Komalen Ciwan“) in „Parteihaft“ genommen haben, um eine „unberechtigte Geldforderung für die Organisation“ durchzusetzen. Der 23jährige Kurde verbüßt derzeit eine Freiheitsstrafe.

(Azadi)

Auf Antikriegsdemo Angriff auf Fahnen und Öcalan-Bilder

Bei der Antikriegsdemonstration am 20. September in Berlin, zu der rund 250 Organisationen aufgerufen hatten, kam es zu einem Polizeiangriff, weil KCK-Fahnen und Bilder von Abdullah Öcalan mitgetragen wurden. Der Versuch, kurdische Demonstrierende festzunehmen, wurde durch andere Teilnehmer verhindert. Der Rückzug deutscher Truppen aus Afghanistan war eine zentrale Forderung der Protestierenden.

(Azadi/ANF/ISKU, 20.9.,2008)



Geschichtsentsorgung à la Justizminister Goll

Stammheimer Hochsicherheitstrakt wird abgerissen

Nach jahrelanger Prüfung durch das Landesfinanzministerium, wurde nunmehr entschieden, dass bis spätestens 2012 der als „Festung“ bezeichnete Hochsicherheitstrakt im siebten Stock der 1963 errichteten Justizvollzugsanstalt (JVA) Stuttgart-Stammheim abgerissen wird. Dort inhaftiert war seit 1972 die erste Generation der Roten Armee Fraktion (RAF) : Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. Ulrich Goll, Justizminister von Baden-Württemberg meint, dass er schon lange dafür plädiert habe, dass die „Erinnerung an damals entfernt werden“ solle und es reichen müsse, „wenn Fotos des Gebäudes übrig bleiben“. Außerdem – so Golls Sprecher – , dächten manche daran, aus dem Trakt „eine Pilgerstätte zu machen“. Doch wolle er fragen: „Würden Sie Terroristen ein Denkmal setzen?“

Im umzäunten Bereich soll nach dem Abriss eine psychiatrische Vollzugsklinik mit 200 Betten errichtet werden.

(Azadi/FR, 23.9.2008)

EU-Parlament für mehr Datenschutz

Das Europäische Parlament verlangt bei der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz der 27 EU-Staaten mehr Datenschutz. Mehr als 600 Abgeordnete beschlossen entsprechende Forderungen an die Mitgliedstaaten; 21 sprachen sich dagegen aus und neun enthielten sich. Zentraler Kritikpunkt bezieht sich auf die Nutzung von Informationen über die rassische (s. hierzu Rubrik Asyl- und Migrationspolitik) und ethnische Herkunft, politische Meinungen und Gewerkschaftszugehörigkeit, religiöse Überzeugungen sowie über Gesundheit und Sexualität. Die Verarbeitung dieser Angaben soll grundsätzlich verboten sein. Der Ministerrat hingegen erklärt in seiner Vorlage die Nutzung solcher Daten für „zulässig, wenn dies unbedingt notwendig ist und das innerstaatliche Recht einen angemessenen Schutz gewährleistet“.

(Azadi/FR, 24.9.2008)

REPRESSION

Erneut Gerichtsurteil gegen EU-Terrorliste

Laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg müssen „gezielte Sanktionen“ gegen Personen und Organisationen, die auf der EU-Terrorliste stehen, noch einmal überarbeitet werden. Auch Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates über das Einfrieren des Vermögens von Verdächtigen müssten gerichtlich nachprüfbar sein. Geklagt hatten ein saudischer Staatsangehöriger und die in Schweden ansässige Stiftung Al-Barakaat. Sie hatten sich dagegen gewehrt, dass der EU-Ministerrat die Vermögen eingefroren hatte, weil ihre Namen auf der Liste von Terror-Unterstützern des UN-Sanktionsausschusses

gelistet waren. Damit sei ihr Recht auf Eigentum und rechtliches Gehör verletzt worden.

Mit dieser Entscheidung revidierte der EuGH ein Urteil des EU-Gerichts erster Instanz vom September 2005, das sich als nicht zuständig erklärt hatte, weil EU-Staaten den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats folgen müssten. Das jedoch sei rechtsfehlerhaft. Nunmehr werde die EU an einer neuen rechtlichen Regelung arbeiten, erklärte eine Kommissionssprecherin.

(Azadi/FR, 4.9.2008)



Zeitverlust durch Procedere beim Einbürgerungstest

„Wir werden einen riesigen Zeitverlust erleben“, warnt Berlins Integrationsbeauftragter, Günter Piening mit Blick hinsichtlich der neuen Einbürgerungstests auf die laufenden Einbürgerungsverfahren. Allein zuständig sei das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das wiederum die Volkshochschulen (VHS) mit der praktischen Durchführung der Einbürgerungsprüfung beauftragt hat. Vorerst sind die rund 500 VHS-Niederlassungen die einzige Adresse, an die sich Einbürgerungswillige wenden können. Es sei geplant, dass die Anmeldungen von Testpflichtigen bei der örtlichen VHS gesammelt werden. Sind genug Bewerber da, wird ein Prüfungstermin festgelegt, der dem Bundesamt in Nürnberg gemeldet wird. Das braucht sicher Wochen, bis mit Hilfe einer Code-Nummer ein individueller Testbogen aus den über 300 Fragen erstellt

wird. Drei Wochen würden dann für die Auswertung durch das Bundesamt benötigt werden. „Wenn es optimal funktioniert, dauert das ganze Procedere zwei Monate“, sagt Piening, „realistisch“ sei aber eher ein Vierteljahr.

«Rasse» muss aus dem Sprachgebrauch gestrichen werden

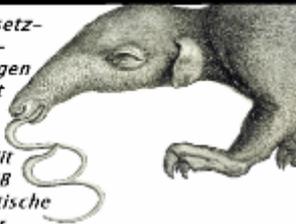
Das Deutsche Institut für Menschenrechte stellte unter dem Titel „... und welcher Rasse gehören Sie an?“ am 8. September ein Papier der Öffentlichkeit vor, in dem Vorschläge enthalten sind, wie das Wort *Rasse* ersetzt werden kann.

Es kommt sowohl im Grundgesetz (Art. 3, Abs. 3: „Niemand darf wegen ... seiner Rasse ... benachteiligt oder bevorzugt werden.“) als auch im Gleichbehandlungsgesetz von 2006 vor. Mit der Zuordnung zu einer Rasse werde zumeist auch eine „Abwertung bestimmter Gruppen von Menschen“ vorgenommen. Im 19. Jahrhundert sei Rasse aus der Biologie abgeleitet worden, eine inzwischen überholte Theorie, weil sie der Vielfalt der Menschen nicht gerecht werde. Mit der Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Rasse, werde der Mensch oft diskriminiert oder verfolgt. So seien im Nationalsozialismus Millionen Menschen ermordet worden, weil sie nicht der „arischen Rasse“ angehörten. Die Nazis hatten sich „die Ausmerzung des parasitenhaften Judentums“ auf die Fahnen geschrieben.

Das Institut empfiehlt, alle Gesetze und Verordnungen zu prüfen und zu ändern. Auch sei es erforderlich, dass in internationalen Dokumenten des

Gesinnungsstrafrecht & Schnüffelparagrafen

Die §§ 129 und 129a des Strafgesetzbuches (StGB) waren seit ihrer Einführung Mittel, um linke Bewegungen zu kriminalisieren. Mit dem Etikett "kriminell" bzw. "terroristisch" soll linke Politik diffamiert und gesellschaftlich isoliert werden. Mit dem neu eingeführten § 129b StGB wird jetzt auch die internationalistische Unterstützung linker ausländischer Bewegungen in Deutschland unter Strafe gestellt.



Weg mit §§ 129, 129a und 129b StGB!

 <p>Rote Hilfe e.V. Postfach 3255 37022 Göttingen www.rote-hilfe.de</p>	<p>Rote Hilfe e.V. Konto 191 100 462 Postbank Dortmund BLZ 440 100 46 Stichwort: Weg mit 129ab</p>	
---	--	--

Menschenrechtsschutzes das Wort Rasse verschwindet, sagte Hendrik Cremer, der Autor des Papiers. Der komplette Text ist zu finden unter:
www.fr-online.de/doku

(Azadi/FR, 8.9.2008)

Weniger Leistungen für Asylbewerber

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der Empfänger von Asylbewerberleistungen 2007 bei nur noch 154 000 Menschen und damit 20,7 Prozent unter der des Vorjahres. Das war seit Einführung der Statistik 1994 die niedrigste Zahl von Empfängern von Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Der bisherige Höchststand war 1996 mit 490 000 Personen.

(Azadi/jw, 11.9.2008)

Flüchtlingsorganisationen fordern Programm für Flüchtlingsaufnahme

Forderungen an EU-Innenministerkonferenz

Am 25. und 26. September beraten die EU-Innenminister erneut über die Aufnahme irakischer Flüchtlinge. Im Rahmen der Interkulturellen Woche veranstaltete der Berliner Flüchtlingsrat am 22. 09. eine Podiumsdiskussion zur Aufnahme von Flüchtlingen, an der der Berliner Innensenator, der Leiter der UNHCR-Vertretung in Deutschland, Österreich und Tschechien, eine Vertreterin von PRO ASYL und der Irak-Experte des Internationalen Kath. Missionswerks missio e.V. teilnahmen. Derzeit läuft in Berlin, München und anderen Städten die Kampagne www.save-me-berlin.de, bei der es um die Aufnahme von Flüchtlingen direkt aus prekären Situationen im Ausland nach Deutschland (Resettlement) geht. Die Organisatoren fordern über die Aufnahme von in Syrien und Jordanien geflüchteten Menschen aus dem Irak auch die Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen Kriegsregionen. Hierzu sei ein dauerhaftes Programm erforderlich sowie ein sicherer und sozial voll integrierter Aufenthaltsstatus.

Deutschland müsse eigenständig handeln und sich auf der EU-Innenministerkonferenz für ein solches Programm einsetzen.

(Azadi/Ankündigung des Berl. Flüchtlingsrats)

Pro Asyl: Schäubles Flüchtlingspolitik traurig und beschämend

Nach Auffassung von PRO ASYL wäre Deutschland in der Lage, sofort Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten des Irak in einer Größenordnung von 10 000 Menschen aufzunehmen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hingegen meint, in der gesamten EU gebe es so viele Plätze, was Pro Asyl als „traurig und beschämend“ bezeichnet. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Lebensbedingungen für die über zwei Millionen Flüchtlinge in Syrien und Jordanien nicht geändert haben und die Sicherheitslage im Irak weiterhin alarmierend sei. Dennoch habe Deutschland dem UNHCR „keinen einzigen Resettlementplatz“ zur Verfügung gestellt. Pro Asyl fordert statt „warmer Worte“ endlich „Taten“ und damit die Umsetzung eines Flüchtlingsprogramms.

(Azadi/Pro Asyl, 25.9.2008)

Lösung der Flüchtlingsfrage wieder verschoben

Die EU-Mitgliedstaaten werden wahrscheinlich erst Ende November über die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus dem Irak entscheiden. Die Innenminister haben am 25. September beschlossen, dass zunächst eine Delegation der EU und des UNHCR die Flüchtlingslager in Syrien und Jordanien besuchen, um sich vor Ort über die Situation zu informieren. Es könnte damit gerechnet werden, dass die EU-Staaten anlässlich des nächsten Innenministerratstreffen am 27. und 28. November über eine Flüchtlingsaufnahme entscheiden.

Laut des UNHCR leben etwa 2 Millionen Iraker in Syrien und Jordanien, wovon rund 60 000 nicht mehr in den Irak zurückkehren könnten. Die Organisation erwarte, dass die Europäer 10 000 Menschen aufnehmen sollten. Pro Asyl fordert die Bundesregierung auf, eine Entscheidung zu treffen, ohne den Beschluss der EU abzuwarten.

Die EU-Innenminister verständigten sich bei ihrem Treffen auch auf einen „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“, indem sie sich zu dem Ziel bekennen, die Arbeitsmigration besser steuern und die illegale Einwanderung stärker bekämpfen zu wollen.

(Azadi/FR, 26.9.2008)

Neue Militärs – alte Konzepte Menschenrechtler befürchten weitere Verschärfungen

Der am 28. August neu gewählte türkische Generalstabschef Ilker Basbug bekräftigte in einer Rede sein künftiges Vorgehen gegen die PKK und zitierte hierfür seinen Amtsvorgänger Yasar Büyükanit: „Wir werden den Kampf fortsetzen, bis auch der letzte Terrorist beseitigt ist.“ Zugleich forderte er alle staatlichen Institutionen, die Wirtschaft und die Gesellschaft zu einem „konzertierten Schlag“ gegen die PKK auf. Es müsse künftig eine „totale Mobilisierung“ sämtlicher Kräfte stattfinden.

Isik Kosaner, der neue Oberkommandierende des Heeres, forderte, dass die „Balance zwischen Terrorbekämpfung und Menschenrechten neu überdacht“ werden müsse. Er beklagte, dass die von der EU verordneten Reformen zu den Freiheits- und Minderheitenrechte die Arbeit des Militärs behindert. Es müssten „neue Gesetze“ geschaffen werden, die den Sicherheitskräften ein „effizienteres Vorgehen“ ermöglichen sollten. „Es sieht so aus, als ob sich das politische Klima weiter verschärfen und die freiheitlichen Grundrechte erneut beschnitten würden“. Das befürchtet Yavuz Önen von der „Menschenrechtsgesellschaft Türkei“ (TIHV).

(Azadi/jw, 29.8.2008)

Kriegsbilanz

Laut einer Bilanz der Volksverteidigungskräfte (HPG) hat die türkische Armee im Monat August 51 Militäroperationen und die kurdische Guerilla 57 Aktionen durchgeführt, darunter eine Sabotage gegen eine Gasleitung in Erzincan. Bei Aktionen und Gefechten seien 202 „feindliche Kräfte“ ums Leben gekommen und 92 Personen verletzt worden. 22 Guerillakämpfer wurden in diesem Zeitraum getötet.

(Azadi/Yeni Özgür Politika, 5.9.2008)

Chinesisch statt kurdisch

Während in der Türkei die kurdische Sprache – Muttersprache von etwa 20 Millionen Menschen – nach wie vor mit Verboten belegt wird, soll in den Schulen nun Chinesisch unterrichtet werden. Begründet wird die Entscheidung mit den zunehmenden chinesischen Touristenzahlen sowie den wachsenden Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

(Azadi/ANF/ISKU, 11.9.2008)

Demonstrationen zum Jahrestag des Militärputsches

Täter müssen zur Rechenschaft gezogen und Verfassung annulliert werden

Zehntausende Menschen haben aus Anlass des Jahrestages des Militärputsches am 12. September 1980 eine Verurteilung der Putschisten gefordert, die nach wie vor unter verfassungsrechtlichem Schutz stehen. Keiner Regierung ist es bisher gelungen, rechtlich gegen die Täter vorzugehen und bis heute gilt die aus dem Putsch hervorgegangene Verfassung. Auf den zahlreichen Demonstrationen wurde außerdem eine Ausweitung der Ermittlungen im Ergenekon-Prozess gefordert.

(Azadi/ÖP/ISKU, 13.9.2008)

Ministerrat verlängert Genehmigung für Militäroperationen

Nachdem die türkische Regierung der Armee die Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen um ein weiteres Jahr verlängert hat, ist gleichzeitig für alle Offiziere und Soldaten der an der Grenze zu Südkurdistan/Nordirak stationierten Einheiten jeder Urlaub gestrichen worden. In diesem Gebiet sind verstärkte militärische Bewegungen zu verzeichnen; Aufklärungseinheiten dringen weit auf südkurdisches Territorium vor.

„Es muss endlich Abstand genommen werden von einer Politik, die auf Sterben und Töten aufbaut,“ erklärte die DTP-Abgeordnete Fatma Kurtulan zur Verlängerung des Militäreinsatzes gegen mutmaßliche PKK-Stellungen im Nordirak.

(Azadi/ANF/ISKU, 17.9.2008)

Ahmet Türk und Amine Ayra warnen vor Verbot der DTP

„Wenn die demokratischen Kanäle blockiert werden, haben die Menschen keine andere Wahl als zu den Waffen zu greifen“, sagte die stellvertretende DTP-Vorsitzende Amine Ayra der Nachrichtenagentur Bloomberg. Gegen die Partei läuft ein Verbotverfahren, über dessen Ausgang im Herbst entschieden werden soll. Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya wirft der prokurdischen DTP vor, ein „Zentrum von Aktivitäten gegen die Einheit des Staates“ zu sein und die PKK-Guerilla logistisch zu unterstützen. Diese Vorwürfe wurden vom DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk in einer mündlichen Anhörung diese Woche vor dem Verfassungsgericht zurückgewiesen. Seine Partei setze sich vielmehr für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage ein. „Wenn die DTP geschlossen wird, würden sich die Kurden

ZUR SACHE: TÜRKIE

als unerwünscht fühlen, und das könnte zu einer ausweglosen Lage führen,“ so Türk.

Staatsanwaltschaft fordert über 70 Jahre Haft für Leyla Zana

Gegen die Abgeordnete Leyla Zana wird derzeit vor Gericht verhandelt. Die Staatsanwaltschaft Diyarbakir hat für sie 70 Jahre Haft gefordert wegen Redebeiträgen im Wahlkampf sowie in London. Ihr wird u.a. Mitgliedschaft in einer und Werbung für eine terroristische Organisation vorgeworfen.

Journalisten wegen Reportage über PKK-Guerilla „außergewöhnlich hart“ bestraft

Weil sie eine Reportage über das alltägliche Leben in Camps der PKK-Guerilla in den nordirakischen Kandil-Bergen veröffentlicht hatten, sind zwei Redakteure und ein Autor der türkischen Tageszeitung Hürriyet zu Geldstrafen von insgesamt 100 000 Lira (ca. 55 500 Euro) verurteilt worden. Damit hätten die Journalisten – so ein Istanbuler Strafgericht – „Propaganda für eine terroristische Organisation“ betrieben. Die „außergewöhnlich harte“ Strafe müsse nach Auffassung von Beobachtern als „Warnung an andere Medien“ eingestuft werden. Grundlage des Urteils seien die berüchtigten Antiterrorgesetze.

(Azadi/jw, 26.9.2008)



Ex-BATASUNA-Sprecher Arnaldo Otegi aus der Haft entlassen

Konflikte im Baskenland nur Dialog und Verhandlungen lösbar

Arnaldo Otegi, nach 15 Monaten am 30. August aus der Haft entlassener Ex-Sprecher der in Spanien verbotenen Partei BATASUNA (Einheit), will an seinem Ziel von Demokratie und Frieden im Baskenland festhalten. „Auch nach diesen 15 Monaten besteht leider das tiefe, reale und ungelöste politische Problem in diesem Land fort, von dem ich persönlich denke, dass es durch Dialog und Verhandlungen gelöst werden muss,“ so Otegi gegenüber den Journalisten, die ihn am Gefängnistor erwarteten. Nur so könne eine Situation entstehen, in der „Demokratie und Frieden“ Einzug ins Baskenland finde und die Bevölkerung frei entscheiden könne. Auf Ortegis Vorstoß reagierte der stellvertretende Generalsekretär der spanischen Sozialdemokraten (PSOE), José Blanco, dass ein Dialog mit der „Terrorbande“ ETA „endgültig begraben“ sei. 700 politische Gefangene, Folge des ungelösten Konflikts, befinden sich zumeist weit entfernt vom Baskenland in spanischen Gefängnissen. Deren Freilassung forderte Otegi, der wegen seiner Initiative zur Einleitung eines Friedensprozesses inhaftiert worden war, weil die Regierung BATASUNA der ETA zuschlägt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte eine Klage von BATASUNA gegen ihr Verbot angenommen und an die Große Kammer weiterge-

leitet, weil es erhebliche Rechtsverstöße aufweist. Danach müsste die spanische Regierung damit rechnen, dass das Verbot fällt. Denn das zentrale Kriterium ist nicht erfüllt, nach dem eine Partei zu einer bewaffneten Gruppe gehören muss, um ein Verbot zu rechtfertigen.

(Azadi/ND, 1.9.2008)

Spanien bleibt dabei: Verbot statt Dialog

Wegen angeblicher Unterstützung der ETA und des Vorwurfs, eine Tarnorganisation der seit 2003 BATASUNA (Einheit) zu sein, hat der Oberste Gerichtshof Spaniens erneut eine baskische Partei verboten. Die Richter erklärten die ANV (Nationalistische Baskische Aktion) am 16. September für illegal und ordneten ihre Auflösung an. Damit kamen sie den Gesuchen der spanischen Regierung und der Staatsanwaltschaft nach.

(Azadi/FR, 17.9.2008)

Kurdischer Politiker verhaftet und seither verschwunden

Syrien provoziert Ausbruch von Revolten

Laut Quellen der syrischen Menschenrechtsorganisation wurde in der vergangenen Woche Talal Mohammed von der kurdisch-demokratischen WFAQ-Partei im Nordosten Syriens verhaftet. Sein Schicksal bleibt seit seiner Verhaftung unbe-

kannt. Zuvor hatten syrische Behörden Mash'all Tamou, einen Funktionsträger in der verbotenen oppositionellen kurdischen Zukunftsbewegung verhaftet. Dieser hatte vor seiner Verhaftung gesagt, dass die Regierung mit ihrer Kurdenpolitik den Ausbruch von Revolten provoziere.

Im Jahre 2004 waren bei kurdischen Aufständen 30 Personen getötet worden. Tamou wurde am 22. August 2008 vorgeworfen, einen Bürgerkrieg und ethnische Kämpfe zu provozieren. Tamou drohe die Todesstrafe. Dieser jedoch dementierte die Vorwürfe. Sein Rechtsanwalt, Mohannad Al Hosni sagte, dass Tamou Gewalt ablehne und dass es keine Beweise für diese Vorwürfe gibt.

(Azadi/Al Hayat, 2.9.2008)

Jürgen Elsässer über Verfassungsfeinde und Geheimdienste

Mit Nationalem Sicherheitsrat zur Notstandsdiktatur

Unter dem Titel „Terrorziel Europa. Das gefährliche Doppelspiel der Geheimdienste“ kommt zum geschichtsträchtigen Datum 11. 9. das 20. Buch von Jürgen Elsässer in den Handel. Es ist im Residenz Verlag, St. Pölten/Wien erschienen, umfasst 344 Seiten und kostet 21,90 €.

Aus einem Vorabdruck im Neuen Deutschland vom 6./7. September: „In jedem Fall wird die vollständige Entmachtung der deutschen zugunsten der EU-Institutionen noch eine Zeit lang dauern. In den nächsten Jahren werden wir Zeugen eines Machtkampfes werden, in dem die Karlsruher Richter und Verfassungspatrioten aller Parteien versuchen werden, die Durchsetzung eines diktatorischen Nationalen Sicherheitsrates zu blockieren. Dagegen steht die Gruppe der Verfassungsfeinde, die sich um Bundesinnenminister Schäuble gruppiert haben, unterstützt von den Politikkommissaren in Brüssel und den Einflussagenten in Washington. Um das Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern, werden letztere nicht davor zurückschrecken, auch mit schmutzigen Methoden zu arbeiten.“



Wofür wir Ihre/Eure Spenden und Mitgliedsbeiträge verwendet haben (September):

Insgesamt unterstützte Azadi Kurdinnen und Kurden mit einem Gesamtbetrag von 488,63 Euro für Zeitungsabos für Gefangene, Unterstützung in einem Asylwiderrufsverfahren gegen einen ehem. §129-Gefangenen sowie in einem Fall von anwaltlichem Zeugenbeistand.

Im Monat September erhielten von Azadi betreute Gefangene insgesamt 824,- € für Einkauf.